

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Nebojska 18.

Telephone:
Tagesredaktion:
28795, 31400.
Nachredaktion: 28702.

Postfachamt: 57344.

Inserate werden laut Tarif
bichtig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
ganzzährig 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (19)

6. Jahrgang.

Freitag, 18. Juni 1926.

Nr. 142.

An das arbeitende Volk! Genossen und Genossinnen! Wähler und Wählerinnen!

In einer von beispiellosen Stürmen erfüllten 33ständigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat die neue tschechisch-deutsche Koalition die Zollvorlage durchgedrückt. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es dieser, zu allem fähigen und zur brutalsten Ausnützung ihrer Macht bereiten Mehrheit gelingen wird, im Senat ihr Werk zu vollenden. Damit wird eine Tat vollbracht sein, welche allen Arbeitern und Angestellten, Kleinlandwirten und Handwerkern, schwerste Schädigung bringen, aber auch von unabsehbaren Folgen für die gesamte Volkswirtschaft im Sinne einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise begleitet sein wird. In diesem schicksalsschweren Augenblick muß die Größe des am arbeitenden Volke begangenen Verbrechens, müssen die Schuldigen festgestellt werden!

Zehntausende von Privat- und öffentlichen Angestellten, Handwerkern und Kleinlandwirten, aber auch viele Arbeiter haben bei den letzten Wahlen, irrefolgt durch nationalistische Schlagworte, den deutschbürgerlichen Parteien ihre Stimmen gegeben, im Glauben und Vertrauen dadurch am besten ihrer wirtschaftlichen Besserstellung und nationalen Befreiung zu dienen. Dieses Vertrauen haben die deutschbürgerlichen Parteien, deutsche Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende, aufs bitterste getäuscht, sie haben ihre den besitzlosen und minderbemittelten Volksklassen angehörenden Wähler in einer in der politischen Geschichte unerhörten Weise

berraten und verkauft!

Mit dem Schlagworte und dem Versprechen der nationalen Einheitsfront sind diese Parteien ausgezogen; sie haben dieses feierliche Versprechen nicht nur nicht eingelöst, Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende haben sich vielmehr mit den Vertretern der tschechischen, slowakischen und magyarischen Besitzklassen

in internationaler Klassenfront zur Ausplünderung und Unterdrückung der Massen des arbeitenden Volkes

zusammengeschlossen. Ihre erste Tat auf dem Boden des neugewählten Parlaments war die Vorbereitung und die Durchführung eines schändlichen Tauschgeschäftes, dessen Kosten das Volk tragen wird. Den Agrariern wird durch die Lebensmittelzölle das Recht eingeräumt, ein Lösegeld von jährlich mehr als einer Milliarde von der Bevölkerung durch künstliche Verteuerung aller Lebensmittel zu erpressen, die Akerikalen erhalten zum Dank dafür, daß sie dabei mithelfen, eine Erhöhung der Kongruenzgebühren für die Geistlichen und auch die Regierung geht bei diesem Aushandel nicht leer aus, denn ihr werden aus den erhöhten Zöllen jährlich rund 500 Millionen Kronen an Einnahmen mehr zugeschanzt. Es geht um einen

Raubzug am Volke,

wie er insamer noch nie verübt wurde. Die jährliche Belastung einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie durch die Zölle wird über 700 Kronen betragen.

Die arbeitenden Menschen, seit dem Ausbruch des Weltkrieges noch nicht zu Atem gekommen, gehen infolge der sortdauernden Wirtschaftskrise durch ein Meer von Leiden hindurch. Alle Geiseln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Existenzunsicherheit, elende Löhne und Gehalte machen ihr Leben zu einem dauernden Märtyrium. In den Stätten der Armen herrschen mehr denn je Sorgen, Kimmernisse, Entbehrungen, Hunger, Verbitterung, Verzweiflung. Unterernährung bedroht Kinder und Jugendliche, macht den Proletarier zur Beute der Tuberkulose. In dieser Zeit der drückendsten Not kennen die bürgerlichen Parteien keine andere Aufgabe, als die, den Reichtum und die Wohlhabenheit einer kleinen Schicht von Besitzenden vermehren zu helfen. Sie errichten für die lebenswichtigsten Nahrungsmittel Zollmauern, um den landwirtschaftlichen Großproduzenten das Monopol auf die Auswucherung der Konsumenten zu sichern, ihnen die ausländische Konkurrenz auszuschalten und zu höheren Einnahmen zu verhelfen!

Bisher konnten die breiten Massen Brot und Mehl zu Weltmarktpreisen erstehen, in Zukunft sollen die Großagrarien Prämien in Form von Zöllen und so über den Weltmarktpreis hinaus, einen Extraprofit von über einer Milliarde aus den Taschen der Bevölkerung erhalten.

War jedes Gefühl der Menschlichkeit, jedes Erbarmens mit dem traurigen Los der Ausgebeuteten der kapitalistischen Gesellschaft, haben die Vertreter der Finanz- und Industriekapitalisten mit den Vertretern der Großagrarien, Akerikalen und Gewerbetreibenden aller Nationen zusammengewirkt, das schändliche Werk der weiteren Verelendung des Proletariats zu vollenden.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes in der tschechoslowakischen Republik.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren.

Deutsche Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende haben ungeheueren Schuld

auf sich geladen. Sie sind nicht davor zurückgeschreckt, im Abgeordnetenhaus alle Akte der brutalsten Gewalt, der mißbräuchlichsten Auslegungskünste der Geschäftsordnung, der Niederstämpfung aller sozialistischen Abänderungs- und Verbesserungsanträge mit ihren Stimmen zu unterstützen. Alle Tschechisierungsmahnahmen, alle Drosselungen und Sperrungen deutscher Schulen, alle Drangsalierungen deutscher Angestellter und Arbeiter, alles Unrecht der Sprachenverordnung und der Bodenreform haben sie vergessen und verziehen.

Um die Getreidezölle haben die deutschen Landbändler ebenso ihr Deutschtum verkauft, wie die deutschen Christlichsozialen um der Erhöhung der Pfaffengehälter und die deutschen Gewerbetreibende um ihrer lumpigen Mandate willen!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wähler und Wählerinnen!

Die deutschen Sozialdemokraten können in dem Bewußtsein vor Euch hintreten, daß sie in dem Vorkampfe ebenso wie die andern sozialistischen Parteien ihre volle Pflicht getan haben. Sie haben innerhalb und außerhalb des Parlaments den Kampf geführt, haben alles, was in ihren Kräften lag getan, um den Vorkampfe zu verhindern.

Die international geeinigte Bourgeoisie hat gesiegt. Das konnte nur geschehen, weil die Arbeiterklasse durch die kommunistische Bewegung gespalten und geschwächt ist, weil die Bevölkerung, irrefolgt durch die Verleumdungshetze der bürgerlichen Presse, den bürgerlichen Parteien zum Siege verholfen und ihnen damit einen

Freibrief auf Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes

ausgestellt hat.

Die dadurch gewonnene Macht nützt nun die Bourgeoisie ohne Scham, ohne jede Rücksicht zu ihrer Bereicherung aus.

Genossen und Genossinnen!

Der Kampf ist nicht zu Ende. Große, harte Aufgaben stehen uns bevor. Das Bürgertum aller Parteien und Nationen hat sich im Zeichen der Ausbeutung des arbeitenden Volkes geeinigt. Im Parlamente stehen in diesem Augenblick nicht mehr wie bisher nationale Fronten, sondern steht Klasse gegen Klasse einander gegenüber. Hier die Vertreter der Arbeitenden, dort die Vertreter des Besitzes.

Der Zusammenschluß der Kapitalisten aller Nationen und ihrer Helfershelfer muß das arbeitende Volk die Gefahren erkennen lassen, die ihm daraus drohen! Die Säumnigen müssen ausgerüttelt, die Unwissenden aufgeklärt werden!

Genossen! Jetzt muß jeder zum Agitator, zum Aufklärer seiner Arbeits- und Schicksalsgenossen, zum Kämpfer werden!

Gestützt auf das Vertrauen der Massen, werden wir weiter unermüdet und unerschrocken unsere Pflicht tun. Tut Genossen und Genossinnen auch die Euer!

Seid bereit, weckt die Schlafenden, mutigt die Kleinmütigen auf!

Auf in den Kampf gegen das internationale Ausbeutertum!

Auf in den Kampf gegen die Helfer und Helfershelfer an dem Vorkampfe!

Auf in den Kampf gegen die Verschönerung der internationalen kapitalistischen Reaktion!

An die Arbeit für Euer Partei, Euer Gewerkschaften und Genossenschaften, für die Einheit der Arbeiterbewegung im Lager der Sozialdemokratie!

Die Bedeckungsmehrheit gefunden.

Die deutschen Zollparteien auch hier als treueste Stützen des Cerny-Regimes.

Die Beamtenvorlagen vor der Verabschiedung.

Prag, 17. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung der Beamtenvorlagen fort. Nach 6 Uhr abends war die Generaldebatte beendet, worauf das Haus sofort in die Spezialdebatte einging, die bis nach Mitternacht dauern dürfte. In der Spezialdebatte sprach u. a. Genosse Taub. Nachts soll noch die Abstimmung vorgenommen werden, die mit Rücksicht auf die Menge der eingebrachten Änderungsanträge etwa drei Stunden erfordern dürfte.

Mit Rücksicht auf das sehr große Arbeitspensum steht zu erwarten, daß sowohl der Samstag als auch der Montag in vollem Maße für die Plenarberatungen in Anspruch genommen werden dürften. Sobald die Staatsbeamtenvorlagen — jedenfalls mit Zustimmung der heutigen Nacht — verabschiedet sein werden, soll noch Freitag vormittag mit der Beratung der Kongrua begonnen und diese Vorlage nach Möglichkeit in der Nacht auf Samstag, sonst aber Samstag vormittag erledigt werden. Ob sich allerdings die Opposition damit zufriedengeben oder ob sie den Versuch machen wird, die Vorlage mit allen Mitteln zu bekämpfen, bleibt dahingestellt.

Unmittelbar nach Erledigung der Kongrua sollen noch Samstag die Bedeckungsvorlagen zum Staatsangestelltengesetz, die Zucker- und Spiritussteuer, verhandelt werden. Wie heute abends im Parlament mit aller Bestimmtheit erklärt wurde, haben die deutschen Zollparteien bereits grundsätzlich zugestimmt, für diese Bedeckungsvorlagen zu stimmen. Damit haben die Herren Landbländler und ihre schwarzen Bundesgenossen wieder einen gewaltigen Schritt nach vorwärts getan. Hier können sie sich nicht mehr auf wirtschaftliche Interessen ausreden. Eine Partei, die einer Regierung neue Steuern bewilligt, gibt ihr dadurch auch ausdrücklich ein politisches Vertrauenstimmotum. Noch weiß man nicht, was sie bei diesem Kuhhandel herauszuschlagen werden; man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß bei dem Verkauf dieser deutschen Stimmen an die Regierung Cerny nicht die so oft zitierten „Belange des deutschen Volkes“, sondern nur die agrarischen Taschen etwas profitieren werden!

Die kommende Woche ist für die Erledigung verschiedener kleinerer Vorlagen wie des Autorrechtes reserviert, vor allem soll aber das Bau- und Wohnungsgesetz sowie das Altersrentengesetz verabschiedet werden.

In der heutigen Sitzung hat die Regierung außerdem die schon von Strihruy angekündigte Vorlage über die Verlängerung der Präsenzdienstzeit vorgelegt, wonach die Bestimmung des Wehrgesetzes, welche die in den Jahren 1923 bis 1925 Affinierten zu einer achtzehnmonatigen Dienstzeit verpflichtet, provisorisch auch für die 1926 und später Affinierten gelten soll. Wahrscheinlich wird die Regierung auch diese Vorlage noch nächste Woche durchzubringen versuchen.

In der ersten Juliwoche soll dann wegen der Solofestlichkeiten mit den Beratungen des Hauses ausgehört, das Haus jedoch nach Bedarf in der zweiten Juliwoche wieder einberufen werden.

In der kommenden Woche tritt auch der Senat zur Verabschiedung der im Abgeordnetenhaus erledigten großen Vorlagen zusammen. Nach kurzer Unterbrechung durch den Solofesttag wird der Senat am 8. Juli seine Tagung wieder aufnehmen, um auch die in der nächsten Woche im Abgeordnetenhaus zu erledigenden kleineren Vorlagen noch zu sanktionieren.

Dieser Arbeitsplan der beiden Häuser rechnet allerdings mit dem glatten Verlauf der parlamentarischen Arbeiten. Eine — mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwartende — weitere Suspension der parlamentarischen Verhältnisse kann allerdings dieses ganze Programm völlig über den Haufen werfen.

Vor 10 Uhr setzt das Haus die Generaldebatte über die Staatsangestelltenvorlagen fort.

Jajicek (D. Christ.-Soz.) weist auf die Gefahr hin, daß das Gesetz zur Zurückführung der deutschen Staatsangestellten gegenüber den Tschechen berührt werden kann.

Cermak (Komm.) erklärt, daß der Einfluß der Qualifikation auf die Vorrückung zu einem Spitzposten und zur Speichelleiderei führen wird. Navratil (Nat.-Dem.) verweist darauf, daß bereits sein Parteigenosse Pella als Finanzminister 700 Millionen Kronen für die Staatsbeamtengehälter reserviert habe. An dem Widerstand der Sozialdemokraten gegen die von ihm geleitete Judensteuer sei dann die Vorlage im Vorjahre gescheitert.

Prodecky (Sch. Soz.-Dem.) konstatiert, daß Navratil in eine direkt unverhämte Demagogie verfallen sei, verteidigt dann ausführlich und temperamentvoll die Haltung seiner Partei in dieser Frage und greift die bürgerlichen Parteien wegen der Kongrua heftig an.

Burival (Sch. Soz.) gibt zu, daß den Angehörigen durch das Abbaugesetz eine Reihe wichtiger Ermäßigungen, die zum Teil noch aus dem Weltkrieg stammten, genommen worden seien

und daß das neue Gesetz dies nur zum kleinsten Teil gutmache. Seine Partei stimme nicht in allem mit der Vorlage überein, werde aber dafür stimmen, damit endlich einmal ein geordneter Zustand auf diesem Gebiete eintrete.

Von den folgenden Rednern der Generaldebatte beschwerten sich Frau Landa-Schaj (Komm.) und Frau Pechmann (Sch. Soz.) über die offensichtliche Zurücksetzung des weiblichen Elementes in der Vorlage, während sich einige Slowaken mit den Verhältnissen der nichtstaatlichen Lehrer in der Slowakei befaßten.

Nach 6 Uhr abends wurde in die Spezialdebatte

eingegangen. Es kam zu Repliken Navratils auf die Ausführungen Prodeckys, die unter vielfachen Zwischenrufen von Prodecky wieder beantwortet wurden. Nach der Rede des tschechischen Sozialdemokraten Vencs, bei der es zu heftigen Parmszenen zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und Merkalan kommt, ergreift gegen 10 Uhr abends

Genosse Taub dessen Rede wir noch ausführlicher wiedergeben werden, das Wort.

Genosse Taub stellt fest, daß die Mehrheitsparteien schon längst verpflichtet gewesen seien, ihr Versprechen gegenüber den Staats-

angestellten einzulösen. Er protestiert namentlich gegen die unwürdige Art, in der das Gesetz in den Ausschüssen behandelt wurde, und geht dann in die Besprechung einiger Details ein. Er kritisiert insbesondere die ganz unzureichenden Anfangsbezüge, beschäftigt sich sodann mit der Frage der Parität, die in dem neuen Entwurf verlegt wird, und wendet sich sodann den Distriktsärzten zu, die außerordentlich fleißig behandelt werden. Bei einem sehr ausgedehnten Besichtigungsreisen erhalten die Distriktsärzte nicht einmal die Bezahlung, die die neue Kongruavorlage den Geistlichen gewähren wird.

Genosse Taub polemisiert hierauf gegen die Behauptungen des Finanzministers über die Frage des Aufwandes und stellt fest, daß möglicherweise der Gesamtaufwand 650 Millionen beträgt, daß aber das Parlament für diesen Zweck bereits 460 Millionen bewilligt hat, die widerrechtlich zu anderen Zwecken verwendet wurden. Es wäre möglich, die Staatsangestellten zu befriedigen, ohne die Bevölkerung durch neue Steuern zu belasten; man müßte nur beim Militärbudget, beim Außenministerium usw. einsparen.

Genosse Taub stellt abschließend den wenigen Vorteilen des Gesetzes seine schweren Mängel gegenüber und begründet mit diesem gewaltigen Ueberwiegen der Mängel unsere ablehnende Haltung.

Der sozialpolitische Ausschuss verhandelte vor der Plenarsitzung eine halbe Stunde neuerdings über die Kongrua. Der Referent Maura (Tschech. Merk.) kündigte an, daß er entgegen dem ursprünglichen Entwurf Änderungen und Ergänzungen beantragen werde. Dann mußte die Sitzung wegen des Beginnes der Plenarsitzung wieder vertagt werden.

Ein neuer reaktionärer Anschlag.

Die 18monatige Dienstzeit soll bis auf weiteres bleiben.

Prag, 18. Juni. Die Regierung hat heute abend dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die vom Generalschabtsch Gajda schon vor Monaten geforderte und seinerzeit von Strihruy angekündigte Beibehaltung der bisherigen 18monatigen Dienstzeit, die für die neuer Affinierten nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes bereits auf 14 Monate herabgesetzt werden sollte, bis auf weiteres fordert.

In der „Begründung“ heißt es, daß die gesetzliche Herabsetzung der Dienstzeit eine „ungeheure Krise im Heer hervorrufen“ müßte, durch die die Landesverteidigung „direkt bedroht“ würde. Als weitere Begründung werden die diesbezüglichen Bestimmungen bei der Kleinen Entente

und anderen Staaten zitiert und dann ausführlich geschildert, wie die Erhaltung des Niveaus der militärischen Ausbildung und der Grenzschutz es unbedingt erfordern, daß die Soldaten bis bisher volle achtzehn Monate dienen.

Es ist wohl kein Zweifel, daß dieser neue Vorstoß der unheimlich erstickten Generalsklique um Herrn Gajda herum auf den schärfsten Widerstand nicht nur bei unserer Partei, sondern auch bei den anderen sozialistischen Parteien stoßen und die politischen Schwierigkeiten des Kabinetts Cerny nicht gerade mindern wird. Die in der Verfassung vorgesehene Einführung der Miliz wird jetzt endlich einmal gebührend zur Sprache gebracht werden müssen!

Die Zölle in den Senatsausschüssen angenommen.

Prag, 17. Juni. Gestern und heute gingen die Auseinandersetzungen über die Zölle im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Senates fort. Nach den Ausführungen des Genossen Polach, über die wir bereits gestern berichteten, kam als dritter deutschbürgerlicher Redner der Agrarier Scholz zu Worte. Die Sozialdemokraten sind, sagte er, „aus Wut und Neid“ gegen die Zölle. Er entzündete sich darüber, daß von den Schutzollgegnern das Ausland zur Hilfe angerufen werde. Diese Entrüstung des schutzöllnerischen Patrioten ist köstlich und deckt sich mit dem auch vom Referenten, dem tschechischen Agrarier Sablik, vertretenen Standpunkt, daß es unpatriotisch sei, seine Bedürfnisse, auch wenn diese billiger seien, im Ausland zu kaufen. Schließlich sprach Herr Scholz noch vom Dienstbotenbuch und von der Vergütung der Arbeiter, von der Landflucht der Arbeiter, ohne dabei in Betracht zu ziehen, daß zu Folge der wenigen Stunden früher die Solidarität der landwirtschaftlichen Arbeiter mit den Agrariern in der Zollfrage behauptet hatte. Die Logik der Agrarier steht ebenso hoch wie ihre politische Moralität.

Dann hielt Novak (tschechischer Sozialdemokrat) eine sehr ausgiebige Rede über Flugmotoren und andere technische Behefte der Flugtechnik bei uns und in allen übrigen Staaten. Nach zwei Stunden unternimmt der Vorsitzende einen verunglückten Versuch, den Redner zu stören. Novak versteht es, mit Ruhe und Sicherheit und vor allem mit Erfolg die Geschäftsordnungsmäßigkeit seiner Ausführungen zu verteidigen, und schloß erst nach viereinhalbständiger Rede.

Daraufhin wollte heute die Mehrheit die für sie verlorene Zeit wieder einbringen. Die Reden der Senatoren Popkva und Romil (tsch. Merkale) waren aber trotz ihrer Kürze sehr lehrreich dafür, was einem Senatsausschuss an primitiven und analphabetischen Gründen für die Wucherzölle alles zugemutet werden kann. Das Schlüsselwort des Referenten Sablik (Rep.) brachte nicht einmal den Versuch, sich mit den Argumenten der Zollgegner auseinanderzusetzen.

Nachmittag begann die Spezialdebatte. Sie wurde natürlich von den Rednern der Oppositionsparteien allein bestritten, nachdem die Wucherzoll-Parteien noch einen vergeblichen Versuch gemacht hatten, die Debatte unmöglich zu machen oder zu droffeln. Novak beantragte, die Vorlage abzuweisen zu behandeln; Genosse Polach und der Kommunist Bruza schlossen sich diesem Antrag an, der jedoch abgelehnt wurde.

lage mit zehn gegen sechs Stimmen in der ursprünglich vorgelegten Fassung genehmigt.

Nach debattierender Erledigung einiger anderer Vorlagen wurde sodann die Sitzung geschlossen.

Der Ausgleichsantrag wird verhandelt.

Dem Antrag unseres Klubs auf Ueberweisung an den Verfassungsausschuss muß nun stattgegeben werden.

Prag, 17. Juni. Der Initiativ-Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ausgleichsantrag des Genossen Dr. Czech. Der Vorsitzende berichtete insbesondere über das vom Präsidium eingeholte und inzwischen herabgelangte Gutachten über die Frage, ob die Reassimilierung des seinerzeitigen ablehnenden Bescheides zulässig sei. Auf Grund dieser von uns bereits wiedergegebenen Äußerung des Präsidium hat der Initiativ-Ausschuss heute festgestellt, daß der Reassimilierungsbescheid in Rechtskraft erwachsen ist, der Antrag aber nicht mehr in die Kompetenz des Initiativ-Ausschusses fällt, da inzwischen die 30tägige Frist abgelaufen ist, welche in der Geschäftsordnung für die Verabschiedung von Initiativanträgen durch den Ausschuss vorgehoben ist. Die Antragsteller könnten nunmehr nach § 23, Abs. 6, der Geschäftsordnung beim Präsidenten des Hauses direkt die Zuweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuss verlangen. In diesem Sinne ist auch bereits eine Zuschrift des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten an den Präsidenten des Hauses ergangen, in der die Zuteilung des Ausgleichsantrages an den verfassungsrrechtlichen Ausschuss gefordert wird.

Damit ist die von tschechisch-nationalistischer Seite unter Führung des Nationaldemokraten Dajin gegen den Antrag eingeleitete Hege schmähtlich zusammengebrochen und der Antrag, den man am liebsten mittels der Gullotine des Initiativ-Ausschusses kurzerhand begraben hätte, in das Stadium der parlamentarischen Verhandlungen getreten. Allerdings gibt es jetzt noch reichlich Gelegenheit, für die Gesinnungsgenossen des Herrn Dr. Dajin, die allen Machinationen zur Vereitelung des Ausgleichsantrages fortzuführen. Sache unserer Genossen wird es sein, durch entsprechende Gegenmaßnahmen die Ausgleichsaktion, die sich auf die Dauer absolut nicht mehr hemmen lassen wird, dennoch in Fluß zu bringen. Unser Klub wird nunmehr auch Zuteilung des Antrages an den Verfassungsausschuss an den Vorsitzenden dieses Ausschusses, den Merkalan Maura, die Auforderung richten, den Antrag mit derselben Beschleunigung zu erledigen, welche die Reichheit angehörenden Abgeordneten bei der Verhandlung der Zollanträge in den Ausschüssen an den Tag legen.

Unterhaltsbeiträge nur für Erwerbsunfähige?

Protest unserer Senatoren gegen diese falsche Interpretierung durch die Behörden.

Vor kurzem hat Abgeordneter Genosse Seeger im Plenum des Abgeordnetenhauses auf die gänzlich ungeheuliche Art und Weise hingewiesen, in der einzelne Bezirke die Ansprüche der Angehörigen von eingerückten Militärpersonen auf den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag mit der Begründung zurückweisen, daß die betreffenden Bewerber arbeitsfähig sind und daher nach § 4 des Gesetzes über den Unterhaltsbeitrag keinen Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag erheben können. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das Innenministerium die Unterhaltskommissionen ausdrücklich in dieser falschen Auslegung des § 4 bestärkt. So heißt es in einer dieser Weisungen, daß eine infolge der Wirtschaftsverhältnisse entstandene Arbeitsunmöglichkeit nicht als Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes angesehen werden könne. Demnach kann z. B. die Frau eines Eingekerkerten, falls sie arbeitsfähig ist, keinen Unterhaltsbeitrag bekommen, auch wenn es ihr gänzlich unmöglich ist, während der Abwesenheit ihres Mannes irgend eine bezahlte Arbeit zu finden.

Die Genossen Senatoren Joll und Polach haben deshalb den Innenminister wegen dieser Weisungen interpelliert und darauf hingewiesen, daß sie mit den gesetzlichen Bestimmungen und der bisherigen Handhabung des Unterhaltsbeitragsgesetzes im Widerspruch stehen. Sie forderten deshalb den Minister auf, die beiden zitierten Weisungen sofort zurückzuziehen und die alte Praxis herzustellen, wonach alle Angehörigen eines zur militärischen Dienstleistung Einberufenen Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag haben, wenn diese in ihrer Existenz vorwiegend von dem Einkommen des zur militärischen Dienstleistung Herangezogenen abhängig werden. Sie urgierten ferner die längst versprochene Vorlage eines neuen Unterhaltsbeitragsgesetzes, worin in univokaler Weise dieser Grundsatze festgelegt wird.

Devienturle.

Prager Kurse am 17. Juni.

	Weid	Bare
100 holländische Gulden	1357.12.50	1363.12.50
100 Reichsmark	803.75.—	807.75.—
100 belgische Franks	87.50.—	88.70.—
100 Schweizer Franks	653.62.50	656.62.50
1 Pfund Sterling	164.10.—	165.80.—
100 Lire	122.17.50	123.82.50
1 Dollar	33.70.—	34.—
100 französische Franks	98.80.—	99.—
100 Dinar	58.77.50	60.27.50
10.000 ungarische Kronen	4.69.12	4.78.12
100 russische Rubel	827.—	838.—
100 Schilling	477.25.—	480.25.—

„Der Wahrheit eine Gasse!“

Was Ostöböhmen wird uns geschrieben:

Unter diesem Titel haben die Russland-Delegationen, welche im Auftrage der kommunistischen Partei im Herbst des letzten Jahres die Reise nach Russland machten, um nach ihrer Rückkehr die Propaganda für die R. P. C. in ein etwas lebhafteres Tempo zu bringen, eine Broschüre herausgegeben. Ueber den Wert oder den Unwert der Broschüre hier zu schreiben, unterlassen wir, obwohl es vielleicht angebracht wäre, festzustellen, mit welcher Annahme sich einzelne Delegierte in dem Büchlein erlauben, über die Einrichtung der Sowjet-Republik und über ihre Gesetzgebung zu berichten. Es ist geradezu eine Verwegenheit, daß Leute, die ohne Sprachkenntnisse vier Wochen in Sowjetrußland herumkutschierten, ein Nachschlagebuch über Sowjetrußland herausgeben. Das haben bis jetzt für andere Staaten nur Menschen getan, die über eine gewisse Vorbildung über Kenntnis der Verhältnisse und Gesetzgebung des betreffenden Staates verfügen, sich schließlich auf Grund der Sprachkenntnisse durch Monate, oft auch jahrelangen Aufenthalt ihre Ansichten über denselben festigten, um unter Zuhilfenahme der einschlägigen Literatur schließlich eine solche Arbeit, die auch dann sehr oft einer objektiven Kritik nicht standhielt, fertigzustellen. Aber wie gesagt, darüber zu schreiben, überlassen wir anderen. Wir wollen uns hier nur mit dem Vorwort des Russland-Delegierten Schenk auf Seite 8 etwas beschäftigen. Schenk schreibt hier unter dem Titel: „Wie ich Mitglied der Delegation wurde“ und sagt u. a., er hätte, nachdem der Wunsch, Rußland kennen zu lernen, schon lange in ihm gelebt habe, auf den Vorschlag eines Mitgliedes des Reichsarbeitsausschusses; man wolle ihn nach Rußland entsenden, geantwortet, „wenn meine Genossen vom Ortsverband damit einverstanden sind“. Und weiter sagt er: „durch Beschluß des sozialdemokratischen Ortsverbandes von Ober-Jungbuch, den dieser in seiner Sitzung am 21. September 1925 faßte, wurde mir die Bewilligung zur Teilnahme an der Delegation erteilt, bzw. ich delegiert.“ Diese Sätze hat Schenk mit Fettdruck hervorgehoben, er legt also zweifellos großen Wert auf sie. Jedenfalls deshalb, um der Welt plausibel zu machen, daß er nicht aus persönlichen Motiven heraus, — wenn wir nicht sagen wollen aus gewinnlühnigen, — den Vorschlag einer gewerkschaftlichen Partei angenommen habe, sondern, daß er von seiner Organisation als Delegierter nach Rußland bestimmt worden sei. Dieser offensichtlichen Fälschung der Arbeiteröffentlichkeit muß entschieden entgegen getreten werden.

Stellen wir vorerst einmal fest, wer dieser ominöse „Ortsverband“ von Ober-Jungbuch eigentlich ist. Der Ortsteil Ober-Jungbuch schließt in sich ungefähr 900 Einwohner, davon ca. 500 Wähler. Ober-Jungbuch ist der Sitz einiger Zunftbrüder, nicht aber der Sitz aller in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Wir dürfen ruhig annehmen, daß die Mehrheit von Ober-Jungbuch sich aus bürgerlichen zusammensetzt. Die sozialdemokratische Mehrheit der Marktgemeinde Jungbuch entspringt der in Nieder-Jungbuch ansässigen Arbeiterschaft. Infolgedessen wird schon klar, daß Ober-Jungbuch im September 1925 über keine selbständigen Organisationen verfügt haben kann, sondern wir stellen fest, daß der Ortsverband Ober-Jungbuch resp. die in dieser losen Organisationsform vereinigten Delegierten im September 1925 nicht mehr als 200 Arbeiter vertraten. Der Ortsverband Ober-Jungbuch bestand aus den Vertretern der Ortsgruppe der chemischen Arbeiter in Ober-Jungbuch, der sozialdemokratischen Lokalorganisation Ober-Jungbuch und den Arbeiter-Radfahrern. Daß ein chemischer Arbeiter, der hier betriebl. zu gleicher Zeit auch Mitglied der sozialdemokratischen Lokalorganisation und auch des Arbeiter-Radfahrervereines gewesen sein kann, liegt klar auf der Hand, so daß der Ortsverband eigentlich ein recht kleines Häuflein von Arbeitern repräsentiert. Die Textilarbeiter, die in Ober-Jungbuch keine eigene Gruppe besitzen, sondern der Gruppe Jungbuch angehören, sind dem Ortsverband Nieder-Jungbuch angeschlossen. Also kurz gesagt, der von Schenk in seinen Berichten und Zeitungsaufstellungen und jetzt in der Broschüre so oft und mit starkem Nachdruck zitierte sozialdemokratische Ortsverband von Ober-Jungbuch ist eine Organisation oder besser war eine Gruppe von ungefähr 15 Personen, die zwei Organisationen und einen Sportverein in Ober-Jungbuch vertraten.

Untersuchen wir nun kurz, ob diese 15 Menschen, oder besser gesagt, ob dieser Ortsverband von Ober-Jungbuch überhaupt die Möglichkeit besaß, einen Delegierten — sagen wir — zu einer Veranstaltung eines anderen Ortes (viel weniger aber für eine ausgeprägte politische Aktion in ein fremdes Land) im Namen der Arbeiterschaft zu entsenden. Bei dieser Untersuchung kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Ortsverband Ober-Jungbuch ähnlich wie alle Arbeiter-Ortsverbände eine lose Zusammenfassung aller Arbeiter-Organisationen des Ortes — in diesem Falle eines Ortsteiles — gewesen ist, der die Aufgabe hat, örtliche Aktionen, besser gesagt, örtliche Veranstaltungen, die im Interesse oder im Willen der Gesamtarbeiterschaft liegen, durchzuführen. Eine andere Funktion haben die Ortsverbände nirgends und auch der Ortsverband in Ober-Jungbuch hatte sie nicht. Es ist ganz klar, daß ein Ortsverband nichts anders sein kann, als das Bildungswesen zu organisieren, wenn es sich um einen aktionsfähigen Verband

handelt — daß er Feste und andere Unterhaltungen durchführt, die ein Bedürfnis der Gesamtarbeiterschaft sind; daß er bei politischen Kämpfen und Aktionen eingreift, um die Arbeit zentral zu leiten und leichter zu gestalten. Damit haben wir wohl zur Genüge gesagt, daß der Ortsverband von Ober-Jungbuch keine Kompetenz besaß, gegen den Willen der Organisationen, deren untergeordneter Teil besagter Ortsverband war, einen Delegierten nach Rußland zu entsenden.

Aber gehen wir weiter. Wir nehmen an, daß es wirklich so wäre, wie Schenk in Wort und Schrift darzutun versucht, nämlich, daß er wirklich von diesem sogenannten Ortsverband delegiert worden wäre. Dann müßte aber die erste Bedingung, die für jede Delegation geltend ist, zutreffen — die Bezahlung der Delegation. In der Arbeiterbewegung war es bis jetzt immer so, daß jene Organisation oder Korporation, die Delegierte entsandte, für diese auch finanziell aufkam. Der Ortsverband Ober-Jungbuch verfügte aber zur Zeit, als er die Delegation vornahm — oder vielmehr sich einredete, sie vorzunehmen — nicht einmal über 1000 K., viel weniger denn über jenen Betrag, den ein Delegierter, der an der Russlanddelegation teilnahm, gefordert haben mag. Im übrigen wurde über die Frage der Bezahlung im Ortsverbande nicht gesprochen oder wenigstens nicht verhandelt, denn darüber verfügte ja der Reichsarbeitsausschuß. Wenn nun gesagt wird, daß die Mittel für die Delegation zum großen Teile durch Sammlungen aufgebracht worden sind, so ist dem gegenüber zu halten, daß alle diese Sammlungen von den Machern der R. P. C. eingeleitet und durchgeführt worden sind. Der Ortsverband Ober-Jungbuch hatte mit der Beschaffung der Geldmittel für die Delegation wenig oder gar nichts zu tun. Damit glauben wir, die Behauptungen Schenks widerlegt zu haben, indem wir nachweisen, daß der Ortsverband Ober-Jungbuch die Kompetenz zur Delegation nicht besaß, das Geld dazu nicht hatte und es auch nicht beschaffte. Der Ortsverband Ober-Jungbuch gab sich lediglich dazu her, auf Wunsch des Reichs- und Gebietarbeitsausschusses, also eines Organs der kommunistischen Partei, den Kommunisten zu dienen, indem er auf sein Geheiß, Schenk aufforderte oder vielmehr unterstützte, nach Rußland im Auftrage der kommunistischen Partei zu gehen.

Aber dazu kommt noch etwas ganz anderes. Schenk ging nicht nur nach Rußland, um seinen Drang nach Wahrheit über dieses Land befriedigen zu können, sondern in irgend einem Winkel seines Bewußtseins lebte das Verlangen nach materiellem Genuß und Gewinn. Das geht aus einem Gespräch hervor, welches Schenk ungefähr zwei Wochen vor seiner endgültigen Abfahrt nach Rußland mit einem leitenden Funktionär unserer Kreispartei hatte. Er sagte diesem u. a., als er die Gründe für seine Rußlandreise darlegte: „Ich hatte bis jetzt noch niemals Gelegenheit, fremde Länder kennen zu lernen, ich besitze von der Schönheit und dem Reichtum der Welt nur etwas Kenntnis durch die Literatur. Eine größere Reise zu machen, hatte ich noch nie Gelegenheit. Nun aber wird mir diese Gelegenheit geboten und noch dazu unter recht günstigen Bedingungen. Erstens einmal hat mir der Direktor des Betriebes, in dem ich arbeite, erklärt, der Arbeitsplatz werde mir sichergestellt und er hat weiter seine Genehmigung darüber ausgesprochen, daß ich mich der Reise unterziehe. Weiter habe ich durch ungünstige Familienverhältnisse einige hundert Kronen Schulden, die abzuzahlen ich nunmehr, respektive meine Frau in die Lage kommen wird; denn für die Zeit, wo ich mich an der Delegation beteilige, wird mir der volle Arbeitslohn ausbezahlt, der zur Gänze, da ich nicht von ihm leben muß, nicht verbraucht werden wird. Die Genossen von Ober-Jungbuch haben sich weiter verpflichtet, während meiner Abwesenheit für das Zerhacken meines Holzes zu sorgen, das für den Haushalt gebraucht wird, so daß mir mit der Befriedigung persönlicher Wünsche auch ein Teil der Lasten meines Haushaltes abgenommen wird.“

Aus dem hier von Schenk Gesagten, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß er durch seine Rußlandfahrt nicht ein moralisches Plus erhoffte, sondern mit dem gleichen Verlangen auch ein materielles. Wir würden über all das kein Wort verlieren, wenn Schenk jetzt, da er doch mit seiner ganzen Kraft im Dienste der kommunistischen Partei steht, nicht immer noch so kühn behaupten würde, er sei der Bewegung und nicht der kommunistischen Partei zu Liebe nach Rußland gefahren. Wenn er nicht die Vermessenheit hätte, in dieser Broschüre zu erklären, er sei nicht für seine Person gefahren, sondern mit der Zustimmung der Genossen im sozialdemokratischen Ortsverbande und des größten Teiles der ostböhmischen Arbeiterschaft. Wer eine solche Sprache spricht, verdient es, daß ihm die nackte, rüchichtslose Wahrheit entgegengehalten wird. Und wenn er sagt, das sei bewiesen durch die Sammlungen, die für die Delegation veranstaltet wurden und durch die Versammlungen, in die ihn die Arbeiter gerufen, damit er ihnen über Rußland berichte, so antworten wir darauf, daß auch das nicht wahr ist. Nicht die ostböhmische Arbeiterschaft hat die Sammlungen eingeleitet und durchgeführt, das haben wir bereits festgestellt, und nicht die ostböhmische Arbeiterschaft berief ihn in die Versammlungen, in denen er sprach, sondern einzig und allein die kommunistische Partei und ihre Gruppen in Ostböhmen. Darüber den Beweis zu führen, halten wir für überflüssig. In den meisten

Orten, in denen Schenk Versammlungen abhielt, wurden diese vom Ortsverbande Ober-Jungbuch, der damals schon der R. P. C. Gefolgschaft leistete, einberufen, in anderem direkt von der R. P. C. Nirgends aber hat ihn eine sozialdemokratische Organisation oder eine freie Gewerkschaft eingeladen zu sprechen, weil man vom ersten

Augenblicke an wußte, daß er ein Werkzeug der R. P. C. ist, das verpflichtet war, derselben in der möglichsten Weise zu dienen und an seiner Partei Verrat zu üben. Damit haben wir klargestellt, wie Schenk Mitglied der Delegation wurde und damit haben wir der Wahrheit eine Gasse gebahnt.

Gericht über die deutschbürgerlichen Zollparteien.

Sozialdemokratische Protestversammlungen gegen die Agrarzölle.

Im ganzen deutschen Siedlungsgebiete ist eine stürmische Protestbewegung der arbeitenden Bevölkerung gegen den Raubzug der Agrarier und Christlichsozialen beider Nationen im Gange.

In Arnau sprach am Sonntag vor einer zahlreich besuchten Versammlung Abgeordneter Genosse Schaefer, der unter großem Beifalls das Vorgehen der Zollparteien und den Wählerverrat der Deutschbürgerlichen brandmarkte.

In Ronsperg referierte ebenfalls am Sonntag vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Genosse Kalksch. In einer dort angenommenen Entschließung wurde das Verhalten der Zolldeutschen scharfsten verurteilt und den sozialdemokratischen Parlamentariern das Vertrauen ausgesprochen.

Am gleichen Tage fanden in Bischofteinitz und Weißensulz gut besuchte sozialdemokratische Protestversammlungen gegen die Agrarzölle statt, wo die Genossen Mignier und Sekretär Breitsfelder Referate erlassten.

Auch in Mähren ist eine lebhafte Protestaktion unserer Partei im Schwung. Genossin Bucher aus Karlsbad referierte in der Vorwoche in Brünn, Nikolsburg, Neusiedl und Zwittau über die bürgerliche Hungerpolitik. Besuch und Stimmung waren durchwegs gut. In Zwittau war der Kinosaal überfüllt, mehr als 700 Personen begleiteten die Ausführungen der jungen Rednerin mit Beifallsstürmen und Entrüstungsrufen gegen die Volksausbeuter.

Im Bezirke Mähr.-Schönberg fanden öffentliche Protestversammlungen statt.

In Wiesenberg am Samstag, den 12. Juni l. J., abends. Die Versammlung war gut besucht und Gen. Senator Polach verstand es in gewandter, glänzender Rede, das Verhalten der

deutschbürgerlichen Parteien zur Zollvorlage ins richtige Licht zu setzen.

In Groß-Miersdorf am Samstag, den 12. Juni l. J., abends. Die sehr gut besuchte Versammlung war ein eindrucksvoller Protest gegen die deutschbürgerlichen Parteien, die der Zollvorlage ihre Zustimmung gaben. Referent war Gen. W. Häusler.

In Heinrichsthal protestierte am Sonntag, 13. Juni, nachm., die Arbeiterschaft in energischer Weise gegen die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch die Agrarzölle.

Referent war ebenfalls Gen. Sen. Polach.

In Mähr.-Alstadt fand am Sonntag, 13. Juni, nachm., eine prächtig verlaufene Protestversammlung statt, in der Gen. Alliger das Referat erstattete.

Mähr.-Schönberg hatte am Montag, 14. Juni, abends, eine große Protestversammlung im Frühlingsaal. Trotzdem es in Strömen regnete, war der Saal voll besetzt. Gen. E. Richter, der an Stelle des verhinderten Gen. Polach das Referat übernahm, ging mit den deutschen Christlichsozialen und der Gewerbe-Partei scharf ins Gericht. Er kennzeichnete ihr Denkschrift, auf welches sich diese Parteien so viel einbilden, in treffender Weise. Seine Rede wurde oft von Beifall und Zustimmungsbewegungen begleitet. Die Versammlung war ein einziger Protest gegen den Raub auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Die öffentl. eingeladenen Abgeordneten Partei von der Christlichsozialen Partei und Senator Brause von der Gewerbe-Partei hatten nicht den Mut, in dieser Versammlung Rede und Antwort zu stehen.

Deutsch-Siedau hat bereits vor einigen Wochen in einer großen Protestversammlung, in welcher Gen. Senator Polach sprach, gegen die Zollvorlage Stellung genommen.

Massenaufmarsch des Brünnener Proletariats.

Brünn, 17. Juni. Heute Vormittag um halb 11 Uhr wurde in allen Brünnener Betrieben die Arbeit niedergelegt und die Arbeiter marschierten in riesigen Zügen auf den Freiheitsplatz, um dort gegen Zölle, Kongrua und falsche Reaktion zu demonstrieren. Der Freiheitsplatz war dicht gefüllt — man schätzt die Beteiligung auf 20 bis 25.000 Personen — als um vierelb 12 Uhr die Versammlung eröffnet wurde. Es referierten von mehreren Tribünen herab die Vertreter sämtlicher sozialistischen Parteien, die häufig durch Zustimmungsbewegungen unterbrochen wurden. Für die deutschen sozialdemo-

krate Arbeiter sprach Genosse Bellan. In allen Neben kam der schärfste Protest gegen die Ausnahmpolitik des tschechisch-deutschen Bürgerblocks und das Verlangen nach Rücktritt der Regierung Cerny zum Ausdruck. Nach der Versammlung zog ein größerer Trupp vor die Statthalterei, wo es zu stürmischen Protestkundgebungen kam. Die Eingänge zur Statthalterei waren von Polizisten bewacht. Die Polizei und Teile des Militärs hatten heute vormittag Bereitschaft. Zu Zwischenfällen ist es aber nicht gekommen.

Einstündiger Proteststreik in Ostböhmen.

Donnerstag vormittag stellten die Arbeiter in den Industriegebieten Trautenau und Braunau alle größeren Fabriken auf die Dauer von einer Stunde ein, um gegen die Lebensmittelzölle wie überhaupt gegen die arbeitsfeindliche Politik in diesem Staate zu protestieren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Betriebe versammelten sich in den Fabriksböden und auf den Plätzen vor den Betrieben, wo die Vertrauensmänner der Betriebe und Organisationen zu ihnen sprachen. Die Redner wandten sich in äußerst scharfer Weise gegen die Ausnahmpolitik der tschechisch-deutsch-bürgerlichen Einheits-

front und wiesen vor allem auf die verbrecherische Haltung der Christlichsozialen im Parlament hin. Die Empörung der Arbeiterschaft kam durch laute Zustimmung in Reden und scharfen Zurufen zum Ausdruck. Im Braunauer Gebiet gab es in einzelnen Betrieben sogar christlichsoziale Arbeiter, welche erklärten, daß sie die Haltung ihrer Parlamentarier zur Zollvorlage nicht billigen und bewahren, diesen Leuten ihre Stimme gegeben zu haben. Die Demonstrationen haben in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt und die Stimmung gegen die Zölle bedeutend verstärkt.

Berfassungsänderung in Polen.

Erweiterung der Rechte des Präsidenten.

Warschau, 17. Juni. (Tsch. P.-B.) Das vom gestrigen Ministerrat angenommene Gesetzesprojekt, betreffend die Änderung der Verfassung, enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Präsident der Republik ist berechtigt, den Sejm und den Senat über Antrag des Ministerrates aufzulösen. Die Neuwahlen finden 120 Tage nach Auflösung des Sejms statt. Der Präsident der Republik hat das Recht, die ihm zur Unterfertigung vorgelegten, vom Sejm angenommenen Gesetze binnen dreißig Tagen nach ihrem Erhalt dem Sejm zur neuerlichen Beratung zurückschicken. Wenn der Sejm die zurückgeschickten Gesetze ohne Änderungen mit einer absoluten Mehrheit neuerlich beschließt, dann veranlaßt der Präsident der Republik deren Verlautbarung. Der Präsident der Republik ist berechtigt, nach der Auflösung des Sejms und des Senates oder nach Ablauf der Mandate der Abgeordneten und Senatoren bis zur Einberufung des neuen Sejms Verordnungen mit Gesetzeskraft zu

erlassen. Diese Verordnungen dürfen sich jedoch nicht auf Verfassungsänderungen beziehen. Ein Ausnahmegesetz kann den Präsidenten der Republik berechtigen, seine Verordnungen auch während der Nichttagung des Sejms zu erlassen. Die auf Grund eines solchen Ausnahmegesetzes erlassenen Verordnungen verlieren ihre Gültigkeit, wenn sie dem neuen Sejm nicht binnen 15 Tagen nach seiner Einberufung vorgelegt werden.

Die ordentliche Session der beiden Kammern dauert vier Monate. Wenn während dieses Zeitraumes das Staatsbudget nicht von den beiden Kammern angenommen wird, wird es vom Präsidenten der Republik mittels Dekretes mit Gesetzeskraft verlaubar. Das Vetorecht des Präsidenten der Republik gegen ein vom Parlament angenommenes Gesetz besteht nicht: Ob bei Auflösung oder Vertagung des Parlamentes, sondern auch in der normalen Pause zwischen den einzelnen Sessionen. Die gegenwärtige Parlamentssession wird im Juli geschlossen werden und alle weiteren Gesetze bis zum 1. Jänner 1927 werden nur als Dekrete des Präsidenten der Republik erlassen werden.

Tages-Neuigkeiten.

Mozart und die tschechischen Faschisten.

In der Wochenschrift „Narodni Republika“, dem Organ der Faschisten, lesen wir in Nr. 23 vom 11. Juni 1926:

Radiojournal. Schon öfters wurde gerügt, daß die Zusammenstellung des Programms nicht immer die glücklichste ist. . . Die deutsche Sendung ist vollkommen überflüssig. . . Die große Schande des Prager Radios wird nicht durch die paar Kronen aus den Taschen unserer Deutschen weithemacht. Es ist dies eine grobe Beleidigung unserer tschechischen Abonnenten und ausländischen Zuhörer. (!) Dies würden wir Faschisten natürlich sofort in Ordnung bringen, wenn unsere Regierung eingeseht würde. . . Und vor allem: belästigt uns nicht beständig mit diesem unmännlichen (!) läppischen Mozart (!). — Seine naive Dreihörnermusik ist dem größten Teil des tschechischen Volkes zuwider. . .

Was die nationale Seite dieses faschistischen Ausfalls anlangt, begnügen wir uns, insbesondere die zitierten Ausländer darauf hinzuweisen, was alles in der Republik Masaryks gedruckt und verlangt werden kann. Das tschechofaschistische Urteil über Mozart aber übergeben wir der gesamten Kulturöffentlichkeit.

Das Klassenurteil gegen Sacco und Vanzetti.

Protestdemonstrationen der amerikanischen Arbeiter.

Das Todesurteil, das die Gerichte der Vereinigten Staaten gegen die beiden italienischen Arbeiter Sacco und Vanzetti im Jahre 1921 ausgesprochen haben, soll nunmehr vollstreckt werden. Die beiden wurden im Jahre 1920 wegen Raubmordes, den sie an zwei Angestellten eines nordamerikanischen Unternehmens begangen haben sollten, in dem Augenblick verhaftet, als sie daran gingen, eine Protestkundgebung gegen das Verfahren der amerikanischen Justiz aus Anlaß der Verfolgung eines anderen italienischen Arbeiters zu organisieren. Amerikanische Zeitungen selbst weisen darauf hin, daß die beiden ursprünglich nur wegen ihrer radikalen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung verhaftet wurden und daß die Anschuldigung des Raubmordes erst im Verlaufe des Verfahrens erfolgte. Das Gerichtsverfahren wird als eine empörende Farce bezeichnet und betont, daß die Zeugen der Anklage Personen zweifelhaften Charakters waren, von denen einige übrigens ihre Anschuldigungen später widerrufen. Da das Obergericht von Massachusetts das gegen beide gefällte Urteil bestätigt hat, sieht kein rechtlicher Weg zur Revision des Urteils offen. Der Umstand, daß der Nachweis für die Schuld der beiden durchaus nicht erbracht scheint, hat in den Arbeiterblättern der Vereinigten Staaten und auch in Italien lebhafteste Empörung gegen das augenscheinlich gefällte Klassenurteil hervorgerufen. Die Lage der beiden ist um so schlimmer, als von der faschistischen Regierung Italiens ein Einschreiten zu ihren Gunsten nicht zu erwarten ist.

Der Führer der amerikanischen Sozialisten Eugene V. Debs erklärt einen Aufruf zu Gunsten der beiden Verurteilten, in dem er verlangt, daß

die Arbeiterschaft Amerikas in großen Massenversammlungen zu Gunsten der beiden unschuldig Verurteilten demonstrierte.

Nach einer Meldung aus New York soll die Vollstreckung des Todesurteils an Sacco und Vanzetti aufgeschoben worden sein.

Herr Knirsch fährt nach Amerika. Der deutsche nationalsozialistische Abgeordnete Knirsch ist dieser Tage nach Amerika abgereist, um dort, wie er der deutschbürgerlichen Presse mitteilte, auf Einladung subeindeutscher Landsleute politische und soziale Studien zu machen und die in Amerika lebenden Subeindeutschen „auf dem Boden des Heimatgedankens zusammenzufassen“. Wir wollen annehmen, daß Knirsch in Amerika nicht etwa als Abgesandter des Subeindeutschentums auftritt, denn dazu besitzt er wahrlich keine Legitimation. Diese Amerikareise bringt übrigens die Tatsache in Erinnerung, daß der letzte nationalsozialistische Parteitag Herrn Knirsch, der bis dahin erster Vorsitzender der Partei gewesen war, für diese Funktion nicht wiedewählte, was damals geheimnisvoll mit einer ausländischen Mission des Hans Knirsch begründet wurde. Nun ist das große Geheimnis heraus: Knirsch sucht „kulturelle, geistige und persönliche Verbindungen“ mit den amerikanischen Subeindeutschen! Man wird bei dieser Fahrt zu jenen Volksgenossen, die Dolars besitzen, sehr lebhaft daran erinnern, daß bei den Nationalsozialisten im Reich, in Oesterreich und auch in der Tschechoslowakei schon seit längerem ein gut böllischer Dalles ausgedrohen ist. Vielleicht läßt sich da drüben was richten. . .

Epilog zur Explosionskatastrophe in der Tischergasse. Im Abgeordnetenhause wurde vorgestern die Antwort des Ministers für nationale Verteidigung auf die Interpellation des Abgeordneten Stanek wegen der feinerzeitigen Explosion in der Prager Tischergasse überreicht. In der Antwort heißt es, daß die Untersuchung insbesondere in der Richtung geführt wurde, festzustellen, ob die beiden Soldaten auf dem Wagen nicht auch noch andere Sachen geführt haben. Es wurde festgestellt, daß die Soldaten auf Geheiß eines Rotweisers zwei Fleischschneidemaschinen mitgeführt haben, die sie in der Westgasse abgegeben haben. Sie hatten ferner den Auftrag, sich in der Georgskaserne auf dem Platz der Republik beim Bildungsreferenten der ersten Infanteriedivision anzufahren und von diesem etwas zu übernehmen. Es wurde nun festgestellt, daß der Bildungsreferent in der Zeit, da sich der Wagen in der Georgskaserne aufhielt, nicht in seinem Amtsräume war, so daß die Soldaten unverrichteter Dinge wieder gehen mußten. Als der Wagen bereits die Kaserne verlassen hatte, rannte noch ein Soldat hinaus und übergab den auf dem Wagen sitzenden beiden Soldaten ein Paket, in dem angeblich — Drogen gewesen sind. Wer das Paket übergeben hat, konnte nicht festgestellt werden. Die Untersuchung, ob außer den Handgranaten auf dem Wagen sich noch andere Explosivstoffe befanden, ist ergebnislos geblieben. — Wie man sieht, werden also die Schuldigen an dem furchtbaren Unglück strafflos ausgehen.

Handgranaten als Waffen der Faschisten. Die „Narodni Listy“, das Blatt der Faschisten, haben bekanntlich behauptet, daß am Dienstag, dem Tage der großen Demonstration gegen die Jölle, in einem Gasthaus in der Lihovogasse eine Handgranate gefunden wurde, die angeblich ein Demonstrant dort zurückgelassen hätte. Wie nun der Polizeibericht feststellt, handelt es sich bei diesem Fund um gar keine Handgranate, wie auch in dem betreffenden Gasthaus kein Demonstrant verweilt hätte. Tagesgegen sollen, wie das „Ceste Slovo“ meldet, in Hausflur der

„Narodni Listy“ Faschisten gewesen sein, welche sich der Polizei zur Ausführung eines Ausfalls gegen die Demonstranten anboten hätten. Dieser Faschistentrupp soll nun in Besitze von acht scharfen Handgranaten gewesen sein. Das genannte Blatt, dem wir diese Nachricht entnehmen, verlangt von der Polizei eine Untersuchung dieser Angaben.

Deutsche Heldenchronik. In einer der letzten Nummern des deutschnationalen „Saazer Anzeigers“, Saaz, erzählt ein Herr Johannes Udrich recht zu Herzen gehend von einer Heldengedenkfeier in Klätterle. Natürlich war der übliche Aufzug dabei, die üblichen Reden haben auch nicht gefehlt, doch der Höhepunkt des Ganzen war der Festabend mit, man höre und staune, humoristischen Vorträgen! Ganz stolz auf diese „böllische Tat“ können die Deutschen von Klätterle sein; Helden muß man ehren, und wenn es sein muß mit humoristischen Vorträgen! Wer gedenkt nicht derer, alle der Freunde, der Väter und Brüder, die dieser menschenunwürdige Krieg dahingerafft hat, in Trauer? Des Deutschtums Hüter tun dies mit humoristischen Vorträgen. . . .

Was liegt der Bagage an Menschenleben! Bei einer „Rettungsübung“ des Berliner „Roten Kreuzes“ auf dem Wannsee ist der Schüler Jänike vor den Augen von tausend Sanitätern, in Anwesenheit des Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes von Winterfeld und der Prinzessin Citel Friedrich ertrunken. Das hat eine große Erregung in der Reichshauptstadt ausgelöst und zu einem Einschreiten der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft geführt. Die „Rettungsübung“, deren völlige Sinnlosigkeit auf der Hand lag, sollte wegen des stürmischen Wetters abgefast werden. Sie wurde dennoch abgehalten, um den hohen Festgästen noch einmal ein flottes militärisches Schauspiel zu bieten. So wurden ein Duzend Volksschüler aus Zehlendorf ohne Rettungsgürtel und Schwimmwesten ins Wasser geworfen, ohne daß es bei dem Durcheinanderreden möglich war, das Untergehen des Schülers Jänike zu bemerken und ihm Hilfe zu leisten. Nach dem Abbruch der Vorstellung wurde noch ein großer Vorbeimarsch der „Rotkreuzkolonnen“ mit Militärmusik vor dem „Kommando“ und Ihrer Kaiserlichen Hoheit veranstaltet, so daß das Publikum in Entrüstungs- und Entsezensrufe ausbrach.

Die Witwe Schuhmeiers gestorben. Dienstagabend ist nach langer, schwerer Krankheit im Wiener Allgemeiner Krankenhaus die Witwe Franz Schuhmeiers im 62. Lebensjahre gestorben. Von den sechs Kindern, die Cäcilie Schuhmeier hatte, sind drei am Leben. Eine Tochter ist selbst schon Mutter von zwei Kindern, die andere Tochter ist noch ledig. Schuhmeiers Sohn, Genosse August Schuhmeier, ist auch verheiratet, aber kinderlos. Die Einäschierung Cäcilie Schuhmeiers findet Samstag, den 19. d., nachmittags, im Wiener Krematorium statt.

Ein Menschenmörder. In der Nacht auf Donnerstag tötete der Schlächter Blaschewski in Darmund keine Frau und seine drei Kinder in seiner Wohnung, sodann erschlug er mit einem Beile im Schlafzimmer der Aostgänger einen von ihnen, mit dem er eine Nacht vorher durchgeht hatte. Die anderen Kostgänger verhielten sich aus Angst ruhig. Darauf schlug er eine ihm im Hausflur begegnende Frau, eine Mutter von sieben Kindern, nieder, und verübte Selbstmord.

11 Menschen ertrunken. Ein schwerer Unglücksfall trug sich in Karpathoruhland zu. Hierüber wird aus Dux folgendes gemeldet: Die Wisler Bräde, welche die Theiß überbrückt, war seit länge-

rer Zeit dem Verkehr entzogen, weshalb die Uebersehung des Flusses mit größeren Booten besorgt wurde. Infolge des anbauenden Regens war die Theiß stark angeschwollen. Als jüngst ein Boot mit elf Leuten den Fluß übersegen wollte, kippte es in der Mitte des Flusses um und alle elf Insassen ertranken.

Die Reichsgesundheitswoche in Prag. (Lichtbildvorträge im anatomischen Institut.) Freitag, 18. Juni, 6 Uhr: Prof. Dr. E. Schnig: Berufsvereinigungen des Arztes und ihre Verhütung. — Sonntag, den 20. Juni, 11 Uhr vormittags: Prof. Dr. Tuma: im Physiologischen Institut der Techn. Radio-Station und Reichsgesundheitswoche.

Der falsche Zahnarzt von Saaz. In Arnau wurde jetzt ein gemeingefährlicher Hochstapler verhaftet, der als Doktor Hartig mit seiner „zahnärztlichen“ und sonstigen Prozis ein paar Wochen Saaz unsicher gemacht hatte. In ein Hotel, wo Hartig seine Zahnbohrmaschine als einziges Requisite der Zahnheilkunde stehen hatte, ludte er insbesondere Leute vom Lande mit dem Versprechen, er werde ihnen auf verblüffende Art das Gebiß reparieren. Kammen die Kunden, so wurde die Zahnbohrmaschine in Tätigkeit gesetzt und den Leuten ein riesengroßes Loch in einen gesunden Zahn gebohrt. Dann entließ der Zahnbohrer die vor Schmerzen brüllenden Landbewohner mit der Weisung, möglichst rasch einige alte österreichische oder deutsche Goldstücke zu bringen, damit er eine richtiggehende Plombe für den angebohrten Zahn anfertigen könne. Die Schmerzen hielten solange nach,“ fügte er erklärend hinzu, „bis die Plombe im Zahn sitzt.“ eZlßwervändlich beisteten sich die Leute, um die fürchterlichen Schmerzen los zu werden, möglichst rasch die Goldstücke zu bringen. Aber dann wurde erst der Nerv getötet und die Leute mit der Weisung, nächste Woche wiederkommen, nach Hause geschickt. Die Goldstücke verblieben dem Zahnheilkünstler in der Tasche. Neben dieser ausgedehnten Prozis als Zahnarzt betrieb er in Saaz ungemein eifrig den Gutkauf und knöpfte dabei den gewichtigsten Advokaten viele tausende Kronen ab. In einem Falle gelang es ihm, unter dem Versprechen, es werde der Gutkauf in der Advokatenkanzlei durchgeführt werden, von einem Saazer Advokaten nicht weniger als 30.000 K zu erlösen. Um den Schein zu wahren, ließ er sich Kellamendruckorten anfertigen. Eine Saazer Druckerei fiel auf dem Betrüger herein, die nun gleichfalls unter die Leidtragenden zählt. Wenige Tage später verschwand Dr. Hartig mit 50.000 K in der Tasche.

Die Flucht eines Sträflings aus dem Zuchthaus in Troppau und seine Verhaftung. Vor einigen Wochen ist aus dem Gefängnis des Landesgerichts in Troppau der Östirauer Schwerverbrecher Vasenda, drei Tage vor seiner Verhandlung, auf geheimnisvolle Art entsprungen. Der Flüchtling mußte durch drei verperrte und bewachte Türen durchbrechen und zog sich dann in einem Klosett des Landesgerichts, wo er Zivilkleider schon vorbereitet hatte, um. Wie er herauskam, blieb jedem ein Rätsel, denn die Schloffer waren nicht beschädigt. Kurze Zeit nach seiner Flucht wurde er schon in Friedel bei einer Kassenkaderarbeit wieder gefehen und dabei von der Polizei aufgegriffen. Er schloß sich in ein Feuergefecht ein. Es gelang ihm, zu entkommen und Unterschlupf zu finden. Da er aber weiter verfolgt wurde, sprang er in einen Fluß, den er durchquerte. So entkam er ein zweites Mal. Da er stark lungentuberkulos ist, so er sich durch den Sprung ins Wasser starkes Fieber zu, floh aber dennoch in die Slowakei. Dort schloß er sich einer mährischen Zigeunerbande an und verliebte sich bald in eine junge Zigeunerin. Zu seinem Freund machte er einen Slowaken, der aber ebenfalls in die selbe Zigeunerin verliebt war. Da diese aber dem Vasenda mehr Sympathien entgegenbrachte, als dem Slowaken, sann er auf Rache. Er wußte, daß Vasenda schon das dritte Mal aus dem Gefängnis entsprungen war. Als nun Vasenda in den letzten Tagen schon mit hohem Fieber schwer krank im Zigeunerwagen darniederlag, eilte sein Nebenbuhler zur Gendarmerie und verriet ihn. Auf diese Art wurde er einige Wochen nach seiner Flucht wieder verhaftet und dem Troppauer Landesgericht eingeliefert. Ueber die räthelhafte Flucht aus dem Troppauer Gefängnisse gibt er an, daß er dazu mit einem draußen stehenden Helfer schon einen Monat vorher Vorbereitungen getroffen habe. Diese Person sei mit Hilfe von Strickleitern nachts über die hohe Gefängnismauer in den Hof und von dort zum Fensterrahmen des Vasenda geklettert.

Mordversuch an der Frau nach den Hitterwochen. Vor kurzer Zeit heiratete der Bäckereihilfe Franz Baghi und verlebte mit seinem jungen Weib in Budapest bei Sillein frohe Tage. Darauf stellten sich Mißheiligkeiten ein und Freitagabend warf der Mann seine Gattin in die Waag. In der Wohnung, sich ihrer entledigt zu haben, ging Baghi heim. Die Frau war aber bis zur Eisenbahnbrücke geschwommen, wo sie an einen Pfeiler geklammert, in Todesangst die Nacht verbrachte, bis sie gegen Morgen von Eisenbahnwächtern gerettet wurde. Baghi wurde dem Gerichte eingeliefert.

Tschechoslowakische Kulturausstellung 1928. Wie tschechische Blätter melden, wird für das Jahr 1928 eine große tschechoslowakische Kulturausstellung vorbereitet. Vorläufig ist noch nicht entschieden, ob die Ausstellung in Prag oder Brünn stattfinden wird.

Der tschechische Kinder auf Lausitz oder Bahlung aufnehmen will, schreiben an die Vermittlungsstelle des Internat. Verhältnissbundes per Adresse Graf. M. Hornof, Prag-Karlín, Niegrobo nam. 7. Vermittlung unentgeltlich. Rückporto erbeten. Mündliche Auskünfte Samstag halb 5 bis 6 Uhr in der Abstinenz-Restauration, Pragg II., Ostrovni 18. Ende des Monats wird die Aktion abgeschlossen.

Prager Filmbörse.

Die deutsche Verfilmung Henrik Ibsens „Wildente“ (Das Haus der Lüge) ist ein anderleines, seines Bildwert, ebenso ruhig und einfach, aber genau so tiefgründend und packend wie die gutbekannte Vorlage. Ibsen rührt in diesem Drama in seiner meisterhaften Art an einer alltäglichen Erscheinung: man braucht im Leben keine Wahrheit und auf einer Lüge, von der man nicht weiß, kann das schönste, idealste Glück eines Menschen aufgebaut sein. Es liegt klar auf der Hand, wie schwer die Verfilmung eines ähnlichen Vorwurfs ist, dessen ganze Handlung sich eigentlich bloß in den Seelen der Hauptpersonen abspielt, während die äußeren Begebenheiten belanglos sind und nur als Gerüst des Ganzen dienen. Daß es aber trotzdem gelungen ist, das ist unbestritten das Verdienst des Regisseurs Lupu Piu, der mit seinem Geschmack und vollem Verständnis Ibsens Drama auf die Leinwand gebannt hat. Träger der Hauptrollen sind namhafte deutsche Schauspieler (Werner Krauß, Albrecht Steinbrück, Lucie Föllsch, Agnes Straub usw.), die sich ihrer Aufgaben ruhig und unausdrücklich entledigen und viel dazu beitragen, auch in den Bildern den Geistesflug des großen nordischen Dichters verpüren zu lassen, der einen auf der Bühne oder beim Lesen des Stückes unvermeidlich bannet. — Daß Reginald Denay langsam, aber sicher den Weg zum Welttriumm erklimmt, haben wir schon einmal betont, und jeder seiner neuen Filme unterstreicht unsere Meinung. Seine schauspielerischen Leistungen vertiefen sich von Film zu Film; die größte Wirkung erzielte er durch die Natürlichkeit, mit der er seine Rollen verkörpert. Er überreißt nie, ist aber auch nie farblos, sondern bleibt immer der gleiche Denay, den man so gerne auf der Leinwand sieht. Sein neuer Film „Denay im Frauenbad“ ist wiederum ein Schulbeispiel eines Lustspiels, wie es

sein sollte, um allgemeinen Anklang zu finden. Eine gute Fabel, gepickt mit gelungenen Regieeffekten, getragen von einer ganzen Reihe ufliger Gestalten, flottes Tempo und gute Aufnahmen: das sind die charakteristischen Merkmale der Denny-Filme, die wir in der letzten Zeit zu sehen bekommen. Inhaltlich ist der Vorwurf der Studie schwer wiederzugeben. Schließlich und endlich bekommt ja Denny seine Angeberine doch, — aber das wie, darin liegt eben der Witz, der die Filme zu reinen Publikumsgewinnem macht, die allerdings auch den ernstesten Filmfreund voll befriedigen. Beide Stücke erscheinen im Verleih der Universal.

Die Franamet bringt diesmal rechte und schlechte Publikumstücke, glänzend verfilmt, mit prachtvoller Ausstattung und gutem Spiel der Hauptdarsteller, aber — man darf über ihren Inhalt nicht viel nachdenken. Der Paramount-Film „Sieben Schlüssels zu einem Schloss“ stellt einen Schriftsteller (Douglas MacLean) in den Mittelpunkt, der innerhalb vierundzwanzig Stunden einen Roman fertigzuschreiben muß, um das geliebte Mädchen (Gith Roberts) heiraten zu können. Er geht sich in ein „einfames“ Hotel zurück, zu dem bloß ein Schlüssel vorhanden ist, und will dort ungestört arbeiten, aber er erlebt dort gar sonderbare Sachen, da verschiedenartige Diebe den Welschrank des unbewohnten Hauses als Versteck ihrer Beute benutzen und selbstverständlich auch die Schlüssels zu dem Hotel haben. Es geht natürlich nach den sonderbarsten Verwicklungen gut aus, wie es ja anders kaum zu erwarten ist.

Das Metro-Erzeugnis „Die schöne Betrügerin“ ist Film-Amerika, wie wir es nicht lieben. Ein junges Mädchen (Norma Shearer) kommt nach New-York, wo sie sich als die vermeintliche Freundin eines reichen Mannes (Leo Cobbe), der in Europa weilt, in dessen Haus einquartiert. Als plötzlich ihre Familie zu ihr auf Besuch kommt, gibt sie in ihrer Verlegenheit an, sie

wäre verheiratet und ihr Mann nach Paris verreist. Selbstverständlich kommt der ahnungslose Besitzer frühzeitig zurück und ist nicht wenig überrascht, in seiner Wohnung nicht nur eine Frau, sondern auch deren Verwandte vorzufinden. Um das Mädchen nicht bloßzustellen, geht er auf das Spiel ein und bedort nach die Wahrheit ans Tageslicht kommt, werden sich die beiden Deutchen einig, daß sie sich eigentlich lieben und beisammen bleiben könnten (binnen vierundzwanzig Stunden). Wie schon gesagt, ist die Fabel für unsere Verhältnisse doch ein wenig zu gewagt, aber die Hauptstärke des Films besteht in den schauspielerischen Leistungen der Hauptpersonen, die den Zuschauer vieles vergessen machen. Norma Shearer ist nicht nur eine anmutige, schöne Erscheinung, sondern auch eine natürliche und sehenswerte Schauspielerin, die aus ihren Gestalten wirkliche Menschen aus Fleisch und Blut schafft, die angenehm von den üblichen faden und lebenslosen Figuren der Amerikanerinnen abstecken. — Daß sich Elinor Glyn in letzter Zeit auch in Filmangelegenheiten mischt, haben wir schon einmal betont. Sie führt gewöhnlich die „Mit-Regie, das heißt auf Deutsch gesprochen, sie gibt für Reklamezwecke ihren in manchen Kreisen sehr beliebten Namen her. So auch in dem Metro-Film „Ungewöhnliche Hitterwochen“ nach einem ihrer Romane. Der Film ist fürs Publikum abgestimmt und recht nett gemacht, aber webe dem, der darüber nachdenken wollte! Alles kann und darf man tun, nur denken nicht. . . Gibt es überhaupt solche Menschen, wie sie Elinor Glyn beschreibt? Kann es überhaupt solche lebende Wesen geben? Es wirkt ganz eigenartig erhellend, was sich diese Engländerin unter den drei Begriffen „Liebe“, „Mann“ und „Weib“ vorstellt, aber uns scheint die Filmbörse nicht die richtige Stelle zu sein, um sich über ähnliche Fragen klar zu werden.

F. W. Schimbera.

Mitteilung aus dem Publikum.

Achtung Mütter! Kranken, Blutarmen, Tuberkulösen, Altersschwachen, Appetitlosen usw. reicht nur Mittel, welche ärztlich anerkannt und erprobt sind. Die besten Anforderungen entspricht vollkommen der Medizinallwein Kofak's Leicserchinin, dessen Zusammensetzung (Malz, Eisen, Chinin und Lecithin) den Anforderungen der modernen Wissenschaft nicht nur vollkommen entspricht, sondern in Folge des angenehmen Geschmacks dem Kranken zu einem Labial wird. Rasche Blutbildung? Appetitanregung, Gewichtszunahme, blühendes Aussehen und Lebensfreude sind die Ergebnisse der Einnahme dieses Kräftigungsmittels. Kann an Krankenkassemitglieder verordnet werden.

Volkswirtschaft.

Die Krise in der Textilindustrie.

Wir haben in den letzten Tagen über die schwere Krise, die in einzelnen Bezirken der Textilindustrie, wie in Wardsdorf und Söhnelbe, herrscht, berichtet. In der letzten Nummer des „Textilarbeiter“ wird nun die Lage der Textilindustrie besprochen. Nachstehend einiges aus dieser Erörterung:

Wenn vielfach behauptet wird, daß die gegenwärtige Situation in der tschechoslowakischen Textilindustrie an den Krisenzustand der Jahre 1922 bis 1923 herankommt, so ist das wahrlich keine Übertreibung. Tatsächlich ist im allgemeinen der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie bereits heute schon auf einem Tiefstand angelangt, der von dem der oben bezeichneten Periode gar nicht mehr weit entfernt ist. Aber noch immer ist ein weiteres Drosseln der Produktion zu konstatieren.

Dieser plötzliche Rückschlag in der Produktionslage nach dem so erfreulichen Aufschwung im Jahre 1925 ist wider alles Erwarten eingetreten. Die auf Grund des Aufstieges im Jahre 1925 vielfach in Textilkreisen zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß namentlich der lastende Krisenzustand überwunden sein dürfte, und so schwere Rückschläge, wie 1922/23, kaum mehr zu befürchten sein werden, ist durch die harte Tatsache dieser neuerlichen schweren Erschütterung, von der auch unsere Textilindustrie gegenwärtig betroffen ist, Lügen gestraft worden.

Viele zehntausende Textilarbeiter sind bereits wieder völlig arbeitslos oder arbeiten verkrüppelt und die vom Schicksal der Arbeitslosigkeit Betroffenen können auch anderwärts kein Unterkommen finden, weil nicht nur die Textilindustrie von der Krise betroffen ist, sondern dieser Krisenzustand sich auf alle Industriezweige in diesem Staate ausgebreitet hat. Die Not und die Sorge um die Fristung der Existenz lastet auf diesen bedauernswerten Opfern der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ungeheuer schwer.

Schon in den letzten Monaten des Jahres 1925 trat der Rückschlag ein, der vor allem im kolossalen Rückgang des Exportgeschäftes sich äußerte. Während bis weit in die zweite Hälfte des Vorjahres die Ausfuhrziffern bei Textilwaren konstant eine steigende Tendenz aufwiesen, und im September mit fast 700 Millionen Kronen das seit Kriegsende überhaupt erreichbare Maximum der monatlichen Ausfuhr erklimmen, sank die Ausfuhr plötzlich in den letzten Monaten des Vorjahres und dieser Rückschlag hat auch im Verlaufe dieses Jahres nicht aufgehört, so daß wir im ersten Quartal 1926 schon wieder unter den Stand des gleichen Zeitabschnittes 1925 gesunken sind.

Daher der Rückgang der Ausfuhr an Textilwaren den Hauptfaktor unter den Schuldumständen dieser Krise darstellt, wird man erkennen aus dem Ziffernmaterial, welches wir unseren Lesern zur besseren Beurteilung der Bedeutung des Exportes für unsere Textilindustrie nachstehend vor Augen führen:

Im Jahre 1925 z. B. belief sich der Wert

der Gesamtausfuhr aus der Tschechoslowakei auf etwas über 18 Milliarden Kronen. Nahezu sechseinhalb Milliarden, also ein volles Drittel des Wertes der Gesamtausfuhr, entfielen auf die Ausfuhr von Textilwaren. Am hervorragendsten war daran beteiligt die Baumwollindustrie (mit über drei Milliarden) und die Wollindustrie (mit 1,8 Milliarden Kronen). Dann kam die Flach-, Ju- und Leinenindustrie mit über 600 Millionen, die Seidenindustrie mit über 400 und die Konfektionsbranche mit ebenfalls über 400 Millionen Kronen.

Daß unsere Textilindustrie — sowie die gesamte Industrie der Republik — aus dem Krisenzustand nicht herauskommt, hat seine Ursache, daß wir bezüglich der handelspolitischen Beziehungen zum Ausland zu keiner Ordnung kommen. Wir haben jetzt noch immer mit einer Reihe — für unseren Textilexport bedeutungsvollen Staaten — kein Handelsvertragsverhältnis. Deutschland, Jugoslawien und Ungarn z. B. gehören unter diese Staaten und sie sind mit die bedeutendsten Abnehmer unserer Textilzeugnisse.

Wie schon betont, brauchen wir, um die Textilindustrie in ihrem vollen Umfange produktionsfähig zu erhalten, vor allem hinlängliche Exportmöglichkeiten, deren Voraussetzung ist, daß wir mit dem Ausland günstige Handelsbeziehungen haben. Das ist Aufgabe der Regierung dieses Staates. Sie erfüllt diese ihre Aufgabe aber leider schlecht, dafür zeugt neuerdings wieder die tschechoslowakischen Großagrarien zuliebe beabsichtigte Einführung von Hungerzöllen. Also nicht Abbau der Zollschranken, sondern Vermehrung der Zölle und damit eine für unser Wirtschaftsleben noch gefährlichere Absperzung vom Ausland. Eine solche Handelspolitik, die nicht dem Interesse der Gesamtheit, sondern nur einzelnen Interessentengruppen im Staate dient, muß aufschärfste verurteilt und bekämpft werden.

Für uns kommt aber nicht allein nur in Betracht, ob der Export unserer Textilwaren größer oder geringer wird. Wir hängen zu einem bedeutenden Teil doch auch vom Inlandsmarkt mit unserer Beschäftigungsmöglichkeit ab. Gegenwärtig liegen da aber die Dinge so, daß auch der Inlandsmarkt infolge der allgemeinen Krise für unsere Textilwaren nicht aufnahmefähig ist. Der größte Teil der Bewohner dieses Staates, die wertvolle Bevölkerung, ist konsumtionsunfähig. Bei vielen zehntausenden Arbeitern und kleinen Angestellten, soweit sie noch so glücklich sind, Arbeit zu haben, langt der Lohn kaum auf die Bestreitung der bescheidensten Lebenshaltung. Tausende und tausende Arbeitswillige haben überhaupt keinen Erwerb und kein Einkommen. Alle diese Massen brauchen zweifellos Wäsche, Kleidung usw., aber sie können nicht kaufen, weil ihnen die Mittel hierzu fehlen. Die Waren liegen in den Kaufhäusern und Läden verfuhrerisch in den Auslagen; aber die Käufer bleiben aus, müssen ausbleiben, weil das Geld zum Kaufen nicht vorhanden ist.

Der Reichtum Amerikas. Wie der ehemalige Staatssekretär Hirsch in einem Buche über Amerika schreibt, betrug das Volkvermögen der Vereinigten Staaten im Jahre 1850 7,1 Millionen Dollar, im Jahre 1860 16,2 Milliarden, im Jahre 1870 30,1 Milliarden, im Jahre 1880 43,6 Milliarden, im Jahre 1890 65 Milliarden, im Jahre 1900 88,5 Milliarden, im Jahre 1910 186,3 Milliarden, im Jahre 1920 290 Milliarden, im Jahre 1922 320,8 Milliarden Dollar. Diese Entwicklung gibt das Bild einer beinahe berauschenden Vermehrung des Reichtums der Vereinigten Staaten.

Amerikanische Anleihe an die deutsche Metallindustrie. Wie „Chicago Tribuna“ aus New York meldet, wurde eine prinzipielle Vereinbarung betreffs der Bewilligung einer Anleihe von 40 Millionen Dollars an die deutsche Metallindustrie erzielt.

Literatur.

Hud und Tragik der Vererbung von Ernst Mühlbach. 96 Seiten mit 31 Abbildungen. 3. Buchpreisgabe des 2. Jahrganges der „Urania“-Monatshefte. Urania-Verlags-G. m. b. H., Jena. Der Redakteur der „Urania“, Gen. Mühlbach, stellt in diesem nach neuzeitlichem Geschmack ausgestatteten Büchlein die Vererbung als das Beharrende im Entwicklungsprozeß des organischen Lebens dar. Naturgemäß mußte er sich im Rahmen einer weiten Kreise zugänglichen Schilderung auf die wichtigsten grundlegenden Tatsachen des umfangreichen Stoffgebietes beschränken; er gibt also ein „Ein-mal-Eins der Vererbungslehre“, in dem er zuerst eine Darstellung der Mendelschen Regeln in leichtverständlicher Weise darbietet, dann die Träger der Erbanlagen und im Kapitel „Variationen-Mutationen“ die Bedeutung der Veränderung für die Entwicklung anschaulich schildert und schließlich die Vererbung von Eigenschaften körperlicher und seelischer Art in zahlreichen Beispielen bei Menschen behandelt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit zeigt er aber auch, wie eng die biologischen Tatsachen mit den sozialen Verhältnissen der in Betracht kommenden Menschen verknüpft sind. Für Mühlbach ist der einzelne, auch vom Standpunkte der Vererbungslehre, ein Träger sozialer Funktionen. Und die Vererbungslehre selbst wird eine Hilfswissenschaft, die uns zeigt, wie wir Menschen und Umwelt in manchen Einzelheiten verändern können, um sie mit größerer Aussicht auf Erfolg aus der Tragik des kapitalistischen Zeitalters zu befreien und dem Glücke des Sozialismus entgegenzuführen.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband V. Kreis.

Die in unseren Gebieten numerisch und turnerisch sehr schwache kommunistische Turnförderung (F. D. I. J.) beginnt nun, unterstützt von ihren Parteigenossen, eine regere Betätigung gegen unsere Organisationen. Man versucht Zellen zu legen. Auch sonst wird jede Veranstaltung, selbst das kleinste Vereinsfest benützt, um „Breche“ zu schlagen.

Wir verweisen auf unsere Turntagsbeschlüsse, wonach jedes Zusammengehen oder Zusammenwirken mit der Förderung unstatthaft ist. Wir werden auf keinen Fall die Mühsarbeit dieser Zellen-taktik dulden. Richtet sie sich doch in erster Linie gegen unsere Funktionäre. Jeder Verein soll uns sofort Nachricht geben, falls die „Einheitsgeräucher“ mit ihren „Einheitsfront-Bemühungen“ kommen.

Startgelder der Wettkämpfer vom Kreis-Arbeiterfest werden gegen Rückgabe der Startnummern in den nächsten Tagen durch die Bezirke zurückgezahlt.

Jeder Verein soll zumindest jeden Monat dem „Freien Sport“ einen Abnehmer zuführen. Meldungen an den Bund richten.

Ab Juli soll das Meldewesen etwas schärfer und genauer durchgeführt werden. Wir ersuchen die Vereine, pünktlich bis zum 10. eines jeden Monats die Meldelisten an den Bezirk zu senden.

Frei Heil!

Für den 5. Turnkreis: Edward Erlacher, Herausgeber Dr. Ludwig Ege, Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rechner, Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag, Für den Druck verantwortl.: O. Söllz.

Kunst und Wissen.

„Der frühliche Venusberg“. Unter diesem Titel findet Samstag zur Feier der dreißigjährigen Zugehörigkeit Willi Bauers zum Deutschen Landestheater in Prag eine Aufführung der „Tannhäuser-Parodie“ von Johann Nestroy statt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Freitag halb 8 Uhr „Die verkaufte Braut“, Samstag halb 8 Uhr abends „Tannhäuser-Parodie“, Sonntag 6 Uhr „Meisterfinger von Nürnberg“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Der Mensch im Käfig“, Samstag „Das Spiel von Tod und Liebe“.

Bereinsnachrichten.

Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte in Prag z. G. m. b. H. Heute 8 Uhr abends 16. ordentliche Vollversammlung im Spiegelsaal des Deutschen Hauses. Legitimation mitbringen. 4190

Genossen, leset u. verbreitet die Arbeiterpresse.

KINO-PROGRAMM vom 18. bis 24. Juni 1926:

LIDO BIO „Die rote Maus“ Spannender Detektivfilm in 5 Akten. Hauptrollen: Paul Richter, Niesen, Ana Erzede.

Wran Urania-Kino Einziges deutsches Kino Prag. „Tragödie“ Der große Henry Porten Film.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben Goldenes Arenal, Prag-Retzanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybornská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Fochova 27. Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedskarten, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6

Himalaja.

Von Alfred Endler.

Zeit heute früh weiß ich, daß ich den Weg zum Kloster doch nicht kenne. Hab ich mich verirrt oder gelogen, und wann? Als ich den Weg verpörricht und daran glaubte, oder vielmehr erst jetzt, wo ich ihn offensichtlich nur nicht wiedererkennen will? Ich wachte auf im schwarzen Grün, das hier Dämmerung wird. Ich fand mich nicht zurecht. Lag ich mit Kopf oder Füßen zur Tür? Ich bin wie angeflohen aufgewacht. Es war aber niemand da als das Schneusen im Zelt und draußen. Der Wind mischt sich in alles, mischt Zäufel und Schred. Der Berg und die Engländer gähnen und gellen ihre Träume ineinander. Nur ich bin wacher als die Luft.

Der Wind springt mit ein paar abprallenden Sägen ins Zelt, ein verkollernder Fußball. Er fährt in die Flächen wie in Zegel. Dere Tod bringt Leben in die Bude. Aber die Station ist froh, daß sie lebt und kuschelt. Dann läßt es nach, ich geh hobbernd hinaus und schau. Hier oben ist es ganz ruhig. Zehn Kilometer weiter, abgedehnt hinterm Grat, zischt die Windschlacht, der Grat paßt Schneestaubhaare, die Kälte wälzt sich um den Berg. Der Morgen steht habacht vor dem Tod und schreit ihn an. Neben dem Zelt reut der Scheinwerfer wie ein Messer in Ich schau das an, Jaungast dieser ganzen kalten Gasse, die dort Rauch wird. Und auf einmal weiß ich, dort darf man ja nicht gehen. Aber wo sonst? — Wie man mit dem Schreden davonkommt, verstockt ich nicht mehr, aber daß man im Schred stecken bleibt! Da sich ich, denke in der angewurzelten Gast des

Kerzenstumpfs, mit dem ein Viehwagen voll Soldaten durch die Nacht rast. Der Berg reut mit uns die nächsten Felsen. Die schon stumm sind.

Was kommt dann. Das Zelt wacht bald auf. Ich kann nicht sagen, daß ich nicht weiter weiß! Sie werden mutlos bis zur Gemeinheit. Sie sind ja alle besoffen vor Frost, sie prägen mich sicher wie einen verstockten Fettsch, wenn ich nichts weiß! Sie reihen mir die Sauerstoffmaske ab, ich erstie in Höhenfornne. Warum will ich denn gesehen? Man kniet vor einer Frau, damit sie fällt. Und ich will so fallen, daß alle um mich knien müssen? Wenn mir vor Atemnot die Adern playen, wenn ich leide bis ins Grinsen hinein, — wird das den Weg finden, das Geröll ordnen, Wind und Berg, die verschüttete Welt, Wird es dem Sturm den Mund stopfen? Soll ich Kleid, Glauben, Lungen und Gewissige zerreißen, soll ich sterben, daß Schmerz die einzige Ordnung schafft, die ich begreife?

— Wer kann an meinem Fall anderes überhaupt erfassen und gestehn, als Nebenumstände? Als meine Unfähigkeit, meinem Willenswillen, mit Nebenumständen fertig zu werden? Das Geständnis recht fertigt nichts, es proklamiert nur meine Sabotage der Expedition. Die Engländer würden mich mit Recht drohsen, wenn ich gesteh. Mit Recht würden sie mir beweisen, daß hier oben gerade das Abreißen des Maulkorbes zur Erstidung führt, das Abreißen der Maske zu Gefleisch und Entstellung.

— Der Wind kommt wieder! — Gestehen hieße, allen die Thesklappen nehmen, jeden an sich selbst verraten. — Diese Narren aus Europa! Sie glauben eine Expedition allein zu machen, ich bin Ihnen nur etwas zwischen Brietaube

und Polizeihund. Aber von mir her sieht es so aus, daß ich geistige Kopfjagd an ihnen treibe. Ich treibe sie hier herein, als Gegenangst zur Angst, die mir das Land macht. Alle Dschinnen entspringen dem Hof auf den Boden und der Sorge um den Ort. — Das Zelt wacht auf. Jetzt stehe ich an der Grenze ins Nichts, oder zu bodenlosem Triumph. Es wird so gleichgültig, daß ich den Weg nicht weiß. Was sich nicht erinnern läßt, ist zu erfinden.

Bei 8200 Meter Sechöhe, 36 Grad minus, Windstärke 20 Meter pro Sekunde, — versteht man sein einziges Wort nicht, geschweige Beichten. Zerknirschung erübrigt sich, wenn ohnehin die Zähne klappern. Hier kommandiert man sich zum Menschen durch, oder verredt als verflohenes Halbvieh.

— Sie kommen aus dem Zelt, ziehn vor Käste die Schultern ein, engrüstig wie Gehänge. Der ganze Morgen riecht nach Fuchten und Gummi. Ueberhaupt ist schon allerhand Tag, doch die Sonne geht nicht aus sich heraus, stiebt sparfam an den Berg. Wie aus Schneeharten. Dann stehn die ersten Pfützen von Licht im Eis. Wo Buckel und Brüche sind, glänzt es am meisten. Das ganze Gebirge wird stirnlos vor Wollen. Ein dünnes heftiges Rot liegt in der Luft. Und Schnee, der nicht mehr fällt. Wir werden alle Berge hintergeben.

Ich seh die Zinken! Die Windgabeln machen lange Zähne nach dem Himmel, wachsen dem Kloster über die Platte. Das kann nicht weit sein. Dort steht auch ein Mönch im langen Pelz da, wie ein Sad Nebel. Er trägt die Kappe wie ein Dekan, im linken Ohr einen Ring und im rechten keinen. Der Kopf stiert uns an, aus verzwickten Augen, über loderen,

von Wind und Blinzeln zerschnittener Baden. Sicher ist er herzkrank und halb blind wie alle Gebirger.

Er schweigt und stinkt wie ein Grab. Dann ziehen wir langsam ein. Ins Kloster.

— Der Abt und die Engländer sprechen. Sie behandeln einander wie harmlose Geistesranke, die aber jeden Augenblick in offene Lobsucht umkippen können. Sie reden verschiedene Sprachen. Daher hält jeder den andern für einen Esel, und wünscht dennoch heimlich, für harmloser gehalten zu werden, als er sich vornimmt, zu werden. Ein Rattenkönig aus Schwindel, Hilfslosigkeit und Wutnähe in diesem Gespräch. Man sagt und versteht alles halb, denn man traut weder sich noch dem Partner zu, ohne Scheuklappen und Geschrei der vollen Nacht des gerichteten Wortes standzuhalten. Beide glauben daran, beide haben gegeneinander rettungslos recht.

— Endlich hab ich mich offen geäußert, weiter zu führen. Vor zwei Tagen brach die Expedition auf. In der Nacht erwache ich vom brunnenden Zusammen-schlag aller Windgabeln. Aus den Bergen kommt Lärm, als ob Kohle im Keller fällt. Dann stehn die Engländer in der Zelle, die Träger engrüstig wie Gehänge. Wie damals im Morgen, wo mir nichts mehr einfiel. Aber sie sind ja zwei Tage weiter.

Dann schwindet auch das, Schritte kommen herauf; es scheint, die Gabeln gehn mit. Die Gabeln hören nicht auf, doch sind sie zu hoch für die Gänge. Die Mönche, die jetzt kommen, haben wohl alle Türen zum Hof hinter sich offen gelassen.

Endlich wird der Wind stärker. Draußen kracht die Tür zu wie ein Schuß. Die Windgabeln verfluchen sich. Die Schritte sind unbeherrschbar, kommen, kommen. Und ich sänge an meine Stiefel zu putzen vor Angst.